

Ökologisierung der Wirtschaft ist notwendig



Am letzten Donnerstag kam auf Einladung der ALW (Alternativen Liste Wannweil) die Bundestagskandidatin für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Beate Müller-Gemmeke nach Wannweil.

Unter dem Motto „Wege aus der Krise“ zeigte sie zu Beginn der Veranstaltung den „Ist-Zustand“ unserer Finanz- und Wirtschaftskrise, des Klimawandels und der Armutsentwicklung in Deutschland auf. „Alle drei Krisen haben eine gemeinsame Ursache“, so Frau Müller-Gemmeke, „ungeregeltes Gewinnstreben, Profitgier und somit die Ausbeutung von Mensch und Natur – zu Lasten kommender Generationen.“ Neue Antworten wären notwendig, im Konjunkturpaket II

hätten mindestens 30% in den Klimaschutz gehen müssen, nur 13% sind aber ökologische Investitionen. Als schlimmes Beispiel stellte sie die Abwrackprämie nicht nur ökologisch, sondern auch volkswirtschaftlich vor. Richtig allerdings seien die Investitionen in die Kommunen für Bildung und energetische Sanierung.

Mit einer konkreten Antwort eines nach Roosevelt 1930 benannten Grünen „New Deal“ als neuen Gesellschaftsvertrag wollen die Grünen in Wirtschaft, Klima und soziale Gerechtigkeit investieren. Ökologie eröffnet neue Märkte, schafft neue Arbeitsplätze, sichert Arbeit und eröffnet neue wirtschaftliche Spielräume, aber ohne Atomindustrie und ohne neue Kohlekraftwerke. Schwerpunkt sollten insbesondere die Gebäudesanierung, der Nahverkehr, sparsame Autos und Elektrogeräte sein. Mit 1,8 Mill. hat schon heute die Umweltbranche mehr Arbeitnehmer als die Automobilbranche, Maschinenbau und Atomwirtschaft zusammen. Es könnten bis 2020 weitere 1,4 Mill. Arbeitsplätze bei den erneuerbaren Energien geschaffen werden.

Beate Müller-Gemmeke sprach sich auch dafür aus, dass im „reichen“ Deutschland die Schere zwischen Arm und Reich nicht noch weiter auseinander gehen darf. Sie sprach über Mindestlohn, Zeitarbeit, Arbeitslosengeld, Kindergrundsicherung, Altersarmut und Grundeinkommen. Letztlich sieht sie die notwendige Chancengleichheit durch Investitionen bei in die Bildung. Auch zu den Kosten nahm sie Stellung und nannte die Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei hohen Einkommen, Einkommenssteuerpflicht für im Ausland Lebende und auch die Bürgerversicherung als Beispiele.

Nach anregender, interessanter Diskussion mit den Zuhörern nahmen viele die konkrete Idee nach einer Ökologisierung der Wirtschaft und ein mehr an sozialer Gerechtigkeit mit auf den Nachhauseweg.